

MACH ET

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

KREISVERBAND KÖLN



**Interview mit der Sozial-
und Umweltdezernentin
Henriette Reker**
Seite 4

**Godorfer Hafen:
Bürgerbefragung
am 10. Juli**
Seite 5

**Mehr Schutz
für Nichtraucher-
Innen**
Seite 7

**Der große
Unbekannte II:
Der Regionalrat**
Seite 9

EDITORIAL

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Mach-Et-Redaktion hat Nachwuchs bekommen – sogar doppelt! Wir freuen uns zum einen sehr über Enda Robert Treanor, der am 31. Mai 2011 zur Welt kam – und seinem Vater dennoch Zeit ließ, seinen Text für's Mach Et fertig zu schreiben (Seite 8). Wir freuen uns zum anderen aber auch über Michael Lang, der uns als neues Redaktionsmitglied ab sofort unterstützt – seinen ersten Text für's Mach Et (zum Thema Godorfer Hafen) findet Ihr auf Seite 5.

Ansonsten bieten wir Euch ein Interview mit der auf Vorschlag der Kölner GRÜNEN gewählten Beigeordneten für Soziales, Integration und Umwelt Henriette Reker (Seite 4), einen Bericht von Kerstin Müller zur Lage in Tunesien und Ägypten (Seite 6) und einen Artikel der GRÜNEN Landesgesundheitsministerin Barbara Steffens zum Thema NichtraucherInnenenschutz (Seite 7).

Wer nicht weiß, was der Regionalrat ist, wird von uns auf Seite 9 aufgeklärt – wir haben unsere Reihe der großen Unbekannten fortgesetzt und stellen Euch dieses Gremium und die dazugehörige GRÜNE Fraktion vor. Wie immer gibt es kurze Berichte der GRÜNEN Jugend (Seite 10), Vorstellungen von Arbeitskreisen (Seite 11), Kurznachrichten, Termine und Adressen (Seiten 14, 15 und 16).

Es wünscht viel Vergnügen bei der Lektüre und grüßt Euch herzlich

Die Mach-Et-Redaktion
Christian, Christiane, Fergal, Judith, Marion und Michael



IMPRESSUM

Die Mach Et ist das offizielle Magazin der Kölner GRÜNEN und wird ehrenamtlich erstellt. Sie erscheint viermal im Jahr. Gedruckt auf Recyclingpapier. Auflage 1.700

Anschrift: Redaktion Mach Et, c/o KV-Büro Ebertplatz 23, 50668 Köln, Ebertplatz 23, 50668 Köln
☎ 0221-9727888 ☒ 0221-9727889
✉ mach-et@gruenekoeln.de
www.gruenekoeln.de

V.i.S.d.P.: Christian Schirmer
Redaktion: Marion Lüttig, Judith Hasselmann, Michael Lang, Christiane Martin (CvD), Christian Schirmer, Fergal Treanor

Layout: Dietmar Putscher
Titelbild: Dietmar Putscher
Druck: Moosdruck, Leverkusen
Preis: 1 €, Mitglieder kostenlos

Die Artikel spiegeln die Meinung des/der jeweiligen AutorIn wieder und nicht unbedingt die der Redaktion oder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, KV Köln. Unverlangt eingesandte Manuskripte nehmen wir gerne entgegen. Haftung wird nicht übernommen. Die Redaktion behält sich vor, eingesandte Beiträge zu kürzen.

INHALT

KREISVERBAND

Bericht des Kreisvorstands 3

INTERVIEW

Die Beigeordnete Henriette Reker im Gespräch 4

GODORFER HAFEN

Die heiße Phase läuft 5

BUND

Tunesien und Ägypten – Länder im Umbruch 6

SOZIALES

Mehr Schutz für NichtraucherInnen 7

DEBATTE

Angst und Verzweiflung in Europa 8

REGION

Der große Unbekannte II: Der Regionalrat 9

GRÜNE JUGEND

Hand in Hand gegen Homophobie 10
Kommt Islamophobie jetzt in Mode? 10

ARBEITSKREISE

Arbeitskreis Konsum 11
Arbeitskreis Sport 11

KURZ NOTIERT

Nachrichten 12/13

MACHETE

Wie ein OB einmal einen Saal zum Kochen brachte 14

SERVICE

Adressen 15
Termine 16

Liebe Kölner GRÜNE,

wir haben einen sehr politischen Frühsommer vor uns mit wichtigen Debatten und Entscheidungen. Auf Bundesebene wird heftig über den schnellsten möglichen Ausstieg aus der Atomenergie gestritten, in Düsseldorf entscheiden Gutachter und Gerichte über den Fortbestand der umstrittenen CO-Pipeline des Chemiekonzerns Bayer und den Bau des klimaschädlichen Kohlekraftwerks Datteln IV und in Köln dürfen die Bürgerinnen und Bürger im Juli über den Ausbau des Hafens in Godorf entscheiden.

Wir sehen in all diesen strittigen Fragen eine Gemeinsamkeit: Wir GRÜNE müssen überzeugen mit unserem Konzept einer anderen Wirtschaftspolitik. Anders als CDU und SPD bedeutet GRÜNE Wirtschaftspolitik, dass wir Arbeitsplätze und Wirtschaftsförderung verbinden mit einer sozial und ökologisch verantwortlichen Grundstrategie. Das bedeutet im Bereich der Energiepolitik, dass wir Nein sagen zur Hochrisikotechnologie Atomenergie mit ihrer immer noch ungelösten Endlagerproblematik und den im Schadensfall verheerenden Folgen für Mensch und Natur. Das bedeutet auch, dass wir Nein sagen zum Bau neuer Kohlekraftwerke, die in unverantwortbarer Weise den Klimawandel befördern. Ja sagen wir dagegen zur Wirtschaft und zu Arbeitsplätzen: Durch den dezentralen Ausbau der erneuerbaren Energien fördern wir den Mittelstand und schaffen an vielen Stellen neue Arbeitsplätze. So sieht zukunftsfähige Wirtschaftspolitik aus!

Dasselbe gilt für den Godorfer Hafen im Kölner Süden. Indem wir Nein zum Ausbau eines Hafens im Naturschutzgebiet sagen, fördern wir Logistik und Arbeitsplätze an bestehenden Orten. Was wir wollen ist ein Logistikkonzept, das bestehende Kapazitäten ausnutzt (wie z. B. im Hafen Niehl) bevor ein seit 30 Jahren geplantes, viel zu teures Großprojekt weitergeplant wird. Dieses Konzept soll alle Formen der Logistik einbeziehen (wie z. B. auch den Ausbau des Umschlagbahnhofs Eifeltor) und über den Tellerrand schauen. Ein solches Gesamtlogistikkonzept soll in Kooperation mit den Häfen in der Region bis hin zu den Niederlanden entwickelt werden. Für unsere Vorstellung einer nachhaltigen Logistik in Köln, gegen eine sinnlose

Verschwendung von Steuergeldern und für den Schutz des Naturschutzgebietes Sürther Aue werden wir in diesem Frühsommer kämpfen und bitten Euch alle um Eure Unterstützung.

Diese Unterstützung kann auf vielfältige Weise geschehen: Durch Mithilfe bei der Straßenkampagne in den letzten Wochen vor der Bürgerbefragung, durch Unterstützung beim Kleben der Plakate, bei Aktionen oder einfach nur dadurch, dass Ihr Eure FreundInnen, Familienmitglieder, NachbarInnen und KollegInnen dazu motiviert, am 10. Juli zur Abstimmung zu gehen und mit NEIN zu stimmen, gegen den Ausbau des Godorfer Hafens!

Doch auch wenn die Abstimmung über den Godorfer Hafen das dominierende politische Thema in Köln in diesem Sommer sein wird, planen wir auch schon für den Herbst – denn dann wollen wir weitermachen mit unseren beiden Inhaltsoffensiven „Stadt der Vielfalt“ und „Ökologische Transformation der Stadt“ – konkrete Informationen hierzu erfahrt Ihr in unserem Newsletter, auf der Homepage oder in der nächsten Mach Et.

Mit mittlerweile über 1.000 Mitgliedern, von denen ein großer Teil erst in den letzten Jahren eingetreten ist, wollen wir



Anne Lütkes

Katharina Dröges

natürlich auch weiter an der Frage der Mitgliederbetreuung, der Öffnung der Parteistrukturen gegenüber Neuen und der Nachwuchsförderung arbeiten. An diesem Thema arbeitet nicht nur unsere GRÜNE Personalentwicklungskommission, sondern die ganze Partei. Und auch dafür brauchen wir Eure Anregungen – mailt uns oder sprecht uns direkt an, in den Ortsverbänden, in Arbeitskreissitzungen oder auf der nächsten Kreismitgliederversammlung – denn wir wollen natürlich nicht nur quantitativ wachsen, sondern wir wollen uns auch qualitativ verbessern.

Der Kölner Kreisverband als Ort des politischen Engagements soll Euch und uns immer auch Spaß machen. In diesem Sinne wünschen wir allen einen wunderschönen Frühsommer.

Eure Anne und Katharina für den Kreisvorstand



Foto: Mirela Fotofila.com

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

KREISVERBAND KÖLN



Interview mit der Beigeordneten Henriette Reker

Seit dem 1.12.2010 ist die auf Vorschlag der Kölner GRÜNEN gewählte Beigeordnete für Soziales, Integration und Umwelt Henriette Reker im Amt. Für diese Ausgabe führte Christian Schirmer ein Interview mit ihr über aktuelle Betrachtungen der Kommunalpolitik.

Was spricht für Köln als Ihre neue berufliche Heimat?

Der Zuschnitt des Dezernates, in dem die wichtigen menschlichen Belange Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Integration und Umwelt verbunden sind, ist eine große Herausforderung für mich. Aber auch die große Toleranz der Menschen in Köln und das soziale und gesellschaftliche Engagement, das viele Kölnerinnen und Kölner alltäglich zeigen, sprechen für diese Stadt.

Inzwischen wohnen Sie ja auch in Köln – fühlen Sie sich auch privat wohl?

Ja, ich fühle mich sehr wohl in Köln, denn ich bin ja gebürtige Kölnerin und Kölsche haben immer Heimweh nach Köln. Ich bin hier zur Schule gegangen und habe hier studiert. Ich freue mich sehr, wieder in meiner Geburtsstadt leben und arbeiten zu dürfen. Die persönlichen Bindungen zu Familie und Freunden sind nie abgerissen und es ist ein schönes Gefühl, wieder nach Hause zu kommen.

Wollten Sie eigentlich immer schon politische Wahlbeamtin werden?

Ich habe erst in meiner Referendariatszeit in Ostwestfalen erkannt, wie spannend die Kommunalverwaltung ist und konnte mir dann vorstellen, die Lebensbedingungen in einer Stadt mit zu steuern. Es ist mir eine Freude, gerade in Köln Beigeordnete zu sein. Köln hat ein gutes soziales Klima und ein gut ausgebautes soziales Sicherungssystem. Dies in Zeiten knapper Kassen weiterzuentwickeln ist fachlich sehr anspruchsvoll, weil klarzumachen gilt, dass die Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben der Gesamtgesellschaft dient – auch der Wirtschaft. Soziale Hilfen präventiv einzusetzen, um dieses Ziel zu sichern, ist mir wichtig.

Welche politischen Erlebnisse haben Sie geprägt?

Die ersten Aktionen von Greenpeace, bei denen 1980 die Schiffe blockiert wurden, die Dünnsäure von Bayer Leverkusen zur Verklappung in der Nordsee transportieren sollten, haben mich besonders beeindruckt. Mir wurde als Zuschauerin am Rhein klar, dass sich hier eine Gruppe von Menschen zusammenschloss, die mit großem persönlichem Engagement und Einsatz von Leib und Leben auf Missstände aufmerksam machte, die weit über die Rheinregion hinaus negative Auswirkungen hatten. Friedlicher Protest mit Taten statt nur mit Worten imponiert mir bis heute.



Foto: Susanne Lindner, Foto-Art

Müssen Spitzenämter der Kommunalverwaltung einhergehen mit dem „passenden“ Parteibuch?

Natürlich nicht, denn das hieße, den jeweiligen Ressourcen eine politische Grundhaltung zuzuschreiben. Ich glaube im Übrigen, dass Stellen in Zukunft kaum noch extern besetzt werden. Für mich steht aber stets die Kompetenz im Vordergrund, sonst würde ich mich selbst ad absurdum stellen.

Was waren Ihre wichtigsten beruflichen Erfolge als Sozialdezernentin in Gelsenkirchen?

Als Sozialdezernentin kann man selten Denkmäler vorweisen. Ich war bisher erfolgreich, weil es mir gelungen ist, soziale Ungleichheiten soweit wie möglich zu ebnen und den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zu fördern, insbesondere unter Einbeziehung der Partizipation der behinderten Menschen und der Senioren. Mit Gesundheitsprojekten habe ich die Aufmerksamkeit vieler Menschen mit Migrationshintergrund erreicht und in enger Zusammenarbeit mit der Ärzteschaft Angebote der Gesundheitsvorsorge für sozial schwächere Menschen entwickelt.

Und welches sind Ihre prägendsten Eindrücke Ihrer ersten Zeit in Köln als Beigeordnete?

Besonders prägend in meiner ersten Zeit als Sozialdezernentin habe ich die Umorganisation von der ehemaligen ARGE Köln in das neue JobCenter empfunden. Die Stadt Köln arbeitet hier weiterhin in enger Kooperation mit der Arbeitsagentur zusammen. Unser Fokus ist dabei die Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt und der Abbau von Vermittlungshemmnissen. Auch die Schaffung von preiswertem Wohnraum ist in diesem Zusammenhang wichtig, damit Menschen eine Perspektive für sich und ihre Angehörigen haben.

Im Umweltschutz hat mich die hohe Bürgerbeteiligung bei der Lärmaktionsplanung beeindruckt. Über 2.300 Kölnerinnen und Kölner haben konstruktive Vorschläge zur Lärminderung eingereicht, kommentiert oder bewertet. Darüber hinaus gab es rd. 52.000 Interessierte, die sich auf der Internetplattform über das Thema informiert haben. Die hohe Beteiligung zeigt, wie wichtig den Kölnerinnen und Kölnern der Umwelt- und Klimaschutz ist. Dafür müssen wir in Zukunft mehr tun, damit unsere Lebensbedingungen nachhaltig verbessert werden.

Zum Schluss: Welche Erwartungen oder Wünsche haben Sie an die Zusammenarbeit mit den GRÜNEN?

Ich wünsche mir einen vertrauensvollen Austausch von Argumenten, der in der Sache auch Auseinandersetzungen zulässt.

Henriette Reker

ist 54 Jahre alt und verheiratet.

Als Juristin und Rechtsanwältin war sie zehn Jahre Beigeordnete der Stadt Gelsenkirchen für die Ressorts Arbeit, Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz. Sie ist parteilos und wohnt in Köln.

NEIN zum Ausbau des Godorfer Hafens

Die heiße Phase läuft

Seit knapp einem Vierteljahrhundert wird gerungen und gestritten: „Alternativlos“ sagen die Befürworter, „unwirtschaftlich und Raubbau an der Natur“ die Gegner. Wir haben die „Pro-Argumente“ kritisch auf ihre Stichhaltigkeit hin überprüft.

Von Michael Lang,
in Zusammenarbeit mit Manfred Giesen

Wenn sich in Köln fast alle wirtschaftlich relevanten Gruppen einstimmig und lautstark für etwas aussprechen, ist Gefahr im Verzug. Das haben die Kölner BürgerInnen bei vielen überfeuerten und dazu meist überflüssigen Bauprojekten schmerzhaft erfahren: Die Nord-Süd-Stadtbahn, die neuen Messehallen und der geplante Umzug der FH aus Deutz in die Südstadt sind dabei nur die letzten Beispiele.

Für Godorf hat sich eine Allianz von Fürsprechern verbündet, die es gewohnt ist, ihren Willen durchzusetzen. Es sind dies die Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK), eine in städtischem Besitz befindliche Tochter der Stadtwerke, die IHK, die sogar 50.000 Euro aus ihren zwangsweise erhobenen Mitgliedsbeiträgen in eine Werbekampagne „Pro Ausbau“ steckt (inklusive Hafenrundfahrt für Kölner Richter), der DGB sowie SPD und CDU.

Keine zusätzlichen Arbeitsplätze

Ein besonders beliebtes Argument dieser Ausbaubefürworter sind die erhofften zusätzlichen Arbeitsplätze. Und für rund 65 Millionen Euro, um die es beim Ausbau des Hafengeländes geht, sollte man da Einiges erwarten können. Doch bei näherer Prüfung bleiben voraussichtlich nur 65 neue Dauerarbeitsplätze im unmittelbaren Hafenbetrieb. Teurer sind die hoch subventionierten Jobs im Bergbau auch nicht erkaufte. Viel sinnvoller wäre es, die Summe dort zu investieren, wo großer Bedarf besteht und eine Fülle von Arbeitsplätzen dauerhaft entstehen würde, wie etwa im Sozialbereich.

Auch beim Thema Umweltschutz legt die Pro-Fraktion geschickte Fallstricke aus: Lediglich 20 Hektar Natur müssten weichen, aber über 27 Hektar neue Grünfläche seien bereits geschaffen. Fakt ist, dass dies so vor Ort nicht stimmt und ein Naturschutzgebiet als wichtiger Puffer zwischen Petrochemischer Industrie und Wohngebiet auf ein Minimum reduziert wird.

Auch die Umweltfreundlichkeit des Schiffsverkehrs ist relativ: Schienenstrecken lassen sich präziser an die Bedürfnisse anpassen und bieten deutlich mehr Ausbauoptionen. Den Rhein auszubauen,

verlangen nicht einmal die Befürworter. Gleichwohl besteht die Gefahr weiterer Flussbegradigungen mit allen bekannten negativen Folgen.

Kostengünstigerer Umbau des Niehler Hafens

Die HGK als direkter Nutznießer eines Ausbaus stellt des Weiteren einige Behauptungen in den Raum, die sich auf die geringeren Kosten eines Ausbaus im Vergleich zu einer Umwidmung von Teilen des Niehler Hafengebiets beziehen. Aber auch hiervon bleibt bei genauerer Betrachtung nicht viel übrig. Die HGK kalkuliert mit sehr hohen „Umzugsprämien“ an Firmen, die derzeit im Hafen ihren Sitz haben, und bei einer Umstrukturierung des Hafengebiets umziehen müssten. Die von der HGK dafür angesetzten Kosten sind kalkulatorisch absolut willkürlich und unverhältnismäßig hoch angesetzt. Bei der Gegenüberstellung der reinen Um- und Ausbaukosten schneidet die Niehler Variante deutlich kostengünstiger ab.

Und damit sind wir bei den prognostizierten Gewinnen und der verwegenen Behauptung, dass der Ausbau des Hafens die Stadt Köln nichts kosten wird. Allein durch die Investition in den Hafenausbau wird die HGK in den nächsten Jahren deutlich geringere Überschüsse an die Stadt überweisen als in den vergangenen Jahren. Die mittelfristige Rentabilitätsprognose ist äußerst optimistisch und reine Spekulation. Die negative Erfahrung mit den Messehallen müsste hier alle Warnlichter hell aufleuchten lassen.

Als völlig unverantwortlich erscheint die zeitliche Forcierung der Ausbauforderung für Godorf im Zusammenhang mit dem vom Rat am 2.2.2010 beauftragten „Regionalen Logistikkonzept“, welches Ende 2012 vorliegen wird. Warum wurde eine Untersuchung in Auftrag gegeben, wenn man deren Ergebnis nicht abwarten will? Im Rahmen dieser Studie sollen die Möglichkeiten und der Bedarf der Transportwege Schiene, Straße und Wasser miteinander verbunden und die Chancen einer örtlichen Koordination (Container-Bahnterminals Köln-Eifeltor und Köln-Nord) sowie einer regionalen Kooperation (Häfen in Düsseldorf, Neuss, Köln und Bonn) aufgezeigt werden. **Erst mit Kenntnis dieser Ergebnisse wäre eine solide Entscheidungsgrundlage geschaffen.** Erst dann kann sicher beurteilt werden, ob, wo und wie nachhaltig die geplanten Investitionen einzusetzen sind.

Alle KölnerInnen sind gefragt

Aus diesen und weiteren Gründen lautet daher unsere Forderung: **Gebt am 10. Juli 2011 Euer „NEIN!“** zum Ausbau des Godorfer Hafens ab und ermuntert Familie, FreundInnen und KollegInnen dies ebenfalls zu tun. Erstmals dürfen alle KölnerInnen ab 16 Jahren, gleich welcher Nation, abstimmen. Nur wenn es rund 90.000 Nein-Stimmen gibt, ist das Thema Hafenausbau – zumindest für die nächsten Jahre – erledigt und das Naturschutzgebiet Sürther Aue gerettet!



<http://www.facebook.com/pages/Kein-Hafen-ausbau-in-Godorf/205746996108893>



<https://twitter.com/#!/happyae>

Tunesien und Ägypten – Länder im Umbruch

Von Kerstin Müller

Die Arabische Welt steht am Beginn einer neuen Ära. Niemand hat vorausgesehen, mit welcher Kraft sich die Demokratiebewegungen ausbreiten werden. Vom 15. bis 19. Mai 2011 habe ich Tunesien und Ägypten besucht. Dort ist es den Menschen in unglaublich beeindruckender Weise mit Mut und Beharrlichkeit gelungen, die autokratischen Herrscher abzusetzen, während die Regime in Libyen, Syrien, Bahrain oder im Jemen noch versuchen, sich mit brutaler Gewalt an der Macht zu halten.

Dennoch: Auch wenn es in diesen Ländern noch länger dauern und noch viele Opfer kosten wird – für keines der Regime in der Region gibt es heute noch eine Bestandsgarantie. Meine Gespräche in Tunis haben gezeigt, dass das Land alle Chancen hat, sich zu einer demokratischen Gesellschaft zu entwickeln. Es herrscht eine echte Aufbruchstimmung. Mehr als 60 Parteien sind inzwischen registriert. Sie arbeiten gemeinsam mit wichtigen Vertretern der Zivilgesellschaft mit Hochdruck am Aufbau neuer Institutionen und bereiten die Wahl zu einer verfassungsgebenden Versammlung am 24. Juli 2011 vor. Das neue Wahlgesetz ist mit paritätisch besetzten Wahllisten von Frauen und Männern sicherlich als eines der fortschrittlichsten in Europa und in der Region zu bezeichnen.

In Ägypten ist der Demokratisierungsprozess wesentlich fragiler. Denn noch sitzt das Militärregime im Sattel und hält die Zügel fest in der Hand. Zwar haben am 19. März 2011 per Referendum, den ersten freien und fairen Wahlen seit langer Zeit, 77 Prozent der Befragten einer ersten Verfassungsänderung zugestimmt. Doch ist der Prozess unter der Federführung des Obersten Militärrats

zur Vorbereitung der geplanten Parlamentswahlen im September und der anschließenden Präsidentschaftswahl insgesamt höchst intransparent, was die Glaubwürdigkeit des ganzen Prozesses enorm beschädigt und vor allem die Jugendlichen des Tahrir-Platzes immer unzufriedener macht. Die Hürden zur Gründung neuer Parteien sind hoch: Es müssen sich mindestens 5.000 Mitglieder der Innenbehörde registrieren lassen. Vor allem neue Parteien aus dem liberalen Spektrum haben damit große Probleme, während die unter Mubarak verbotene Muslimbruderschaft im Land so gut vernetzt ist, dass sie aus dem Stand ihre „Partei für Freiheit und Gerechtigkeit“

Wichtig wird sein, dass der Westen die moderaten Kräfte des Islam nicht ausgrenzt, denn der politische Islam wird in diesen religiös geprägten Gesellschaften noch auf längere Zeit eine wichtige Rolle spielen. Sowohl für Ennahda in Tunesien als auch für die Muslimbrüder ist der Weg eines modernisierten Islam, wie ihn die türkische AKP gegangen ist, zur Zeit Vorbild. Eine solche Entwicklung sollte von uns begrüßt werden.

Damit Ägypten und Tunesien den Weg der Demokratisierung erfolgreich beschreiten können, brauchen sie die Unterstützung Deutschlands und der EU. Denn neben den politischen Herausforderungen stehen beide Länder auch vor großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen, die die Übergangsprozesse erschweren werden. In Ägypten leben etwa 70 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. In Tunesien liegt die Arbeitslosenquote junger Menschen bei über 30 Prozent.

Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass Deutschland und die EU ihre Märkte für Produkte aus der Region öffnen. Gleichzeitig müssen wir Bildungspartnerschaften für junge Menschen anbieten und gezielte Migration für Arbeit und Ausbildung zulassen. Und Europa muss sich in dieser dramatischen Umbruchphase offen für die Aufnahme von Flüchtlingen zeigen. Das bisherige Gezerre ist unakzeptabel und peinlich. Wir brauchen dringend eine europäische Lastenteilung.



Gesehen in Tunis.



Demo vor dem Hochschulministerium in Kairo.

mit 8.821 Mitgliedern gründen konnte. Der frühe Wahltermin ist daher im Hinblick auf das künftige Kräfteverhältnis zwischen den Muslimbrüdern und den liberalen Parteien sehr gefährlich. Denn gerade das liberale Spektrum könnte nicht genug Zeit haben, um sich bekannt zu machen und Wähler zu gewinnen. Wie die Wahlen in Ägypten ausgehen werden, ist daher völlig offen – jedoch ist eine Mehrheit der Muslimbrüder im neuen Parlament nicht auszuschließen.

Mehr Schutz für NichtraucherInnen

Von Barbara Steffens

Zu den Lücken im bisherigen Nichtraucherschutzgesetz und den Plänen der Landesregierung für einen wirksamen Nichtraucherschutz nimmt die GRÜNE Landesgesundheitsministerin Barbara Steffens für die Mach Et Stellung.



Nur wenige Themen haben in den vergangenen Monaten so viel öffentliche Aufmerksamkeit erregt wie der unzureichende Nichtraucherschutz in Nordrhein-Westfalen. Wer es nicht schon vorher wusste, dem haben Studien des Deutschen Krebsforschungszentrums Heidelberg und der Verbraucherzentrale NRW gezeigt, dass der Nichtraucherschutz in der gastronomischen



Landchaft NRWs völlig unzureichend ist. In jeder dritten Gaststätte wird nach wie vor geraucht.

Nur wenige Kneipen und Bars sind rauchfrei. Verstöße gegen die Bestimmungen des Nichtraucherschutzgesetzes sind an der Tagesordnung. In 92 Prozent der Rauchergaststätten werden entgegen den gesetzlichen Vorschriften weiterhin selbst zubereitete Speisen angeboten. Und in der „fünften Jahreszeit“ scheint der Nichtraucherschutz sowieso keine Rolle zu spielen. Im Kinderkarneval betreiben Kinder auf der Bühne Hochleistungssport, während das Publikum, zum Teil sogar die Eltern, unten im Publikum rauchen. Anderorts werden Schulsportstätten abends für Veranstaltungen genutzt, bei denen geraucht werden darf, und am nächsten

Morgen haben Kinder dort Sportunterricht.

Die Akzeptanz eines Gesetzes ist aber auch davon abhängig, wie sehr Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen geahndet werden. Dies erfordert Regelungen, die von den Ordnungsbehörden vor Ort auch vollzogen werden können. Die verschiedenen, teilweise komplexen Ausnahmen, die das Gesetz zulässt, machen allerdings die Arbeit der Ordnungsämter fast unmöglich. So ist es zum Beispiel in vielen Fällen nicht unmittelbar zu beurteilen, ob die Aufteilung der Flächen in Nichtraucher- und Raucherbereiche den gesetzlichen Bestimmungen genügt. Auch die Frage

der Mitgliedschaft in einem Raucherclub wäre nur durch aufwendige Kontrollen der Mitgliederlisten möglich. Nicht zuletzt aus Personalmangel bleibt es häufig bei Stichproben, sodass der Vollzug des Gesetzes auch unter diesem Gesichtspunkt unbefriedigend ist.

Wenn allerdings Kontrollen stattfinden, dann werden die Ordnungsämter auch fündig. In Köln verlangte die Ratsfraktion der GRÜNEN immer wieder Kontrollen von der Verwaltung, was schließlich dazu führte, dass zwischen Juli 2008 und Juni 2010 etwa 1.350 Kontrollen in Gaststätten durchgeführt wurden. Gegen mehr als ein Drittel der kontrollierten Wirtinnen und Wirte wurden ordnungsbehördliche Maßnahmen wie Verwarnungen und Bußgelder verhängt. Dabei wird nur ein Bruch-



Foto: Torsten Stecher

teil der Kneipen und Restaurants kontrolliert. Das ist ein deutliches Signal, dass der Nichtraucherschutz nicht funktioniert.

Es besteht also dringender Bedarf an einer Novellierung des Nichtraucherschutzgesetzes, denn nur so können nachvollziehbare und kontrollierbare

Regelungen erreicht werden.

Trotzdem haben wir die im Gesetz vorgeschriebene Überprüfung durchgeführt um zu sehen, was sich in der Praxis bewährt hat und was nicht. Dieser Prüfbericht über die Auswirkungen des Nichtraucherschutzgesetzes wurde dem Landtag im Februar übermittelt. Selbstverständlich wird das Gesetz in bestimmten Bereichen, wie zum Beispiel in Krankenhäusern, gut umgesetzt. Da besteht überhaupt kein Veränderungsbedarf. Aber vor allem in der Gastronomie machen es die zahlreichen Ausnahmen vom Rauchverbot wie Raucherclubs, Raucherräume und Brauchtumsveranstaltungen den Ordnungsämtern sehr schwer, die Einhaltung des Gesetzes zu kontrollieren.

Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen? Warum hat die Landesregierung noch keinen Entwurf zur Änderung des Nichtraucherschutzgesetzes vorgelegt? Fragen die zu Recht gestellt werden. Wir haben als Regierung keine eigene Mehrheit, müssen in dieser sensiblen Frage über Fraktionsgrenzen hinweg einen Konsens finden. Und natürlich müssen wir als Landesregierung vor einer Neuformulierung des Gesetzes auch alle betroffenen Verbände und Interessengruppen einbinden. Diese Gespräche führen wir zurzeit und werden in einem nächsten Schritt mit den Sprechern und Sprecherinnen aller Fraktionen über die aus dem Prozess resultierenden Ergebnisse reden, um Mehrheiten zu gewinnen. Es zeichnet sich aber ab, dass wir noch vor der Sommerpause Klarheit haben werden, für wie viel Nichtraucherschutz es in NRW eine Mehrheit geben wird. Ich hoffe auf deutliche Änderungen, denn die sind schon lange überfällig!



Angst und Verzweiflung in Europa

Von Fergal Treanor

Was meine Frau und ich an Köln lieben ist das Weltoffene. Wir versuchen schon lange, uns aus den Zwängen der „nationalen Identität“ zu befreien. Auch die Vorstellung, manche Kulturen seien an sich „besser“ als andere, ist uns ein Graus. Wir wollten echte Weltbürger sein, ein etwas zu hochgestecktes Ziel – geeinigt haben wir uns darauf, als weltoffene Europäer zu leben.

Letzte Woche durften wir die größte Freude der Welt erleben – unser Sohn ist geboren. Der kleine Enda ist zur Hälfte Ire, ein Viertel Engländer, ein Achtel Deutscher und ein Achtel Holländer. Er trägt in sich die Wurzeln eines besseren Europas, eines Europas, in dem die nationale Stammestreue irrelevant ist, und kulturelle Überlegenheitskomplexe genauso. Unsere Zivilisation ist stark, weil sie mit Widersprüchen und Paradoxien umgehen kann. Wenn wir das richtig machen, haben alle einen gleich wichtigen Platz darin. Aber wir machen das nicht richtig. Gerade heute wird in Europa der Chauvinismus immer normaler.

In Italien hat ein alter Mann gewarnt, dass seine Stadt zum „Islamopolis voller Zigeuner“ werden könnte. In Dänemark gibt es eine Partei, die glaubt, dass der Islam eine primitive Kultur sei, die ihr Land zerstören wird. Sie glauben auch, dass Roma und Menschen aus Osteuropa kriminell sind. Deswegen wurde die dänische Grenze zugemacht.

In Schweden und Finnland sind jetzt auch viele Rassisten im Parlament. Auch in Holland. In Ungarn gibt es sogar Männer, die mit Waffen herumlaufen, und alle Roma verjagen wollen. Sie fühlen sich als Beschützer Europas im Recht. In Frankreich gibt es eine Frau, die sagt, es wäre eine Besatzung, wenn Muslime in der Öffentlichkeit beten. Sie will Muslimen verbieten, nach Frankreich zu ziehen. Immer mehr Franzosen geben ihr recht. Ganz Europa



Foto: Sándor Jégel / Fotolia.com

hat Angst. Die Rechtspopulisten geben den Ton an, Politik und Öffentlichkeit geraten in Verzweiflung.

Auch in unserem pluralistischen Köln gibt es Menschen, die so denken. Sie finden Ausländer kriminell (vor allem, wenn sie von weit her kommen) und wollen nicht, dass in Köln eine große Moschee steht – obwohl schon eine große Synagoge und so viele Kirchen hier stehen. Andere sind dagegen, dass muslimische Kinder in der Schule muslimischen Religionsunterricht haben. Sie sagen, das sei kein Rassismus – sie hätten nur ein Problem damit, dass die islamische Religion so autoritär und patriarchalisch sei – naja, die christliche Religion ist das oft auch, und außerdem,

wenn man ehrlich an den Pluralismus glaubt, dann darf man nicht die Leute ausschließen, mit denen man selber nicht einverstanden ist, oder?

Auch bei den Kölner GRÜNEN erlebe ich teilweise islamfeindliche Attitüden. Hier höre ich auch Stimmen, die gegen



Der Mach-Et-Blog

Unter www.machet.zeit-fuer-gruen.de werden alle Artikel, die in der Rubrik „Debatte“ erschienen sind, veröffentlicht – zum Mitdiskutieren und Austausch ...

Mach mit und schreib deine Meinung zum Thema „Angst und Verzweiflung in Europa“!

www.machet.zeit-fuer-gruen.de

Moscheebau und Islamunterricht, die für Kopftuchverbote sind. Das macht mir Bauchweh; das macht mir Angst. Ich bin doch zu den GRÜNEN gekommen, weil wir eine Partei sind, die Unterschiede aushalten kann, die sie ja als unsere Stärke versteht. Integration heißt nicht Anpassung, Kritik heißt nicht Ablehnung. Ich will glauben, dass ich in einer Partei Mitglied bin, die alle Bevölkerungsgruppen als GesprächspartnerInnen versteht, und nicht in einer, die aus der Ferne über andere Urteile fällt.

Meine Frau und ich wollen, dass der kleine Enda sein zu Hause lieben lernt. Als echter Kölner könnte ihm das sogar besser gelingen als seinen Eltern, die beide nur Wahlkölner sind. Sein Papa ist sogar Ausländer. Aber auch diesen Status kann ich nicht wirklich für mich reklamieren – ich bin Westeuropäer und spreche Deutsch mit englischem Akzent – das Wort „Ausländer“ ist meist für andere reserviert. Zumindest von denjenigen, die angeben, keine Rassisten zu sein, die aber lautstark behaupten, dass „unsere westliche Kultur“ von einer anderen Kultur angegriffen wird.

Der große Unbekannte II: Der Regionalrat

Nachdem im letzten Mach Et mit dem Landschaftsverband Rheinland eine wenig bekannte Institution vorgestellt wurde, folgt jetzt eine, die noch mehr im Verborgenen blüht: der Regionalrat.

Von Manfred „Berti“ Waddey

Die Regionalräte sind in Nordrhein-Westfalen die Träger der Raumordnungsplanung. Sie werden in den fünf Regierungsbezirken Arnsberg, Detmold, Düsseldorf, Köln und Münster gebildet. Seit 2009 ist im Bereich des Regionalverbands Ruhr dieser für die Regionalplanung zuständig, weshalb die ihm angehörenden Kommunen keine VertreterInnen mehr in die Regionalräte von Arnsberg, Düsseldorf oder Münster entsenden.

Sechs GRÜNE im Regionalrat Köln

Gewählt werden die Mitglieder der Regionalräte ähnlich wie die Mitglieder der Landschaftsversammlungen auf Basis der Wahlergebnisse der Kommunalwahlen. Seit der letzten Wahl 2009 besteht der Regionalrat der Bezirksregierung Köln aus vier Fraktionen (CDU mit 17 Sitzen, SPD mit 11 Sitzen, GRÜNE mit 6 Sitzen und FDP mit 4 Sitzen) und zwei Einzelmitgliedern (Freie Wähler NRW und pro NRW). Der GRÜNEN Fraktion gehören Rolf Beu (Stadt Bonn, Fraktionsvorsitzender), Gudrun Zentis (Kreis Düren, stellvertretende Fraktionsvorsitzende) Bettina Herlitzius (Städteregion Aachen), Horst Lambertz (Rhein-Erft-Kreis), Martin Metz (Rhein-Sieg-Kreis, 2010 nachgerückt für Horst Becker) und Manfred Waddey (Stadt Köln) an. Vorsitzender des Regionalrates ist Rainer Deppe von der CDU, Bettina Herlitzius ist eine der stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Regionalrat ist zuständig für die Regionalplanung und Aufgaben der regionalen Infrastrukturpolitik im Regierungsbezirk. Hauptaufgabe des Regionalrates ist die Aufstellung und Fortschreibung der Regionalpläne. Die Regionalpläne enthalten in Karten und Text Aussagen zur Siedlungs-, Freiraum- und Infrastruk-

tur. Sie sind Rahmenbedingungen für die Kommunen bei der Flächennutzungs- und Bauleitplanung und für die Behörden bei der Genehmigung von Raum beanspruchenden Vorhaben wie etwa Kraftwerken oder Abgrabungen. So diskutiert der Regionalrat zum Beispiel Pläne für den Abbau von Quarzkies im Vorgebirge, was weitreichende Konsequenzen für den Naturhaushalt und die Verkehrsbelastung hat.

Neben dieser Entscheidungskompetenz weist das Landesplanungsgesetz dem

Bezirksregierung als Regionalplanungsbehörde

Dem Regionalrat auf der Verwaltungsseite gegenüber steht die Bezirksregierung als Regionalplanungsbehörde. Anders als die Stadträte, Kreistage oder auch die Landschaftsversammlungen hat er allerdings keinen Einfluss auf die personelle Zusammensetzung der Behörde. Die Bezirksregierung ist staatliche Behörde, die Regierungspräsidentin oder der Regierungspräsident wird von der Landesregierung ernannt. Der Regional-



Die GRÜNE Regionalratsfraktion Köln: Ganz links die Geschäftsführerin Antje Schäfer-Hendricks, dann weiter v.l.n.r. die Fraktionsmitglieder Bettina Herlitzius, Rolf Beu, Manfred Waddey, Martin Metz, Horst Lambertz, Gudrun Zentis.

Regionalrat Beteiligungs-, Informations- und Beratungsrechte im Bereich der regionalen Infrastrukturpolitik zu. Dazu gehören Förderprogramme des Landes in den Bereichen Städtebau, Tourismus, Landschaftspflege, Wasserwirtschaft, Abfallbeseitigung und Kultur.

In der Verkehrspolitik ist der Regionalrat an der Planung der Verkehrsinfrastruktur beteiligt. Er beschließt über die Vorschläge der Region für die gesetzlichen Bedarfs- und Ausbaupläne von Bund und Land und die Förderprogramme für den kommunalen Straßen- und Radwegebau. Bis 2008 war er auch für die Schieneninfrastruktur und die ÖPNV-Förderung zuständig, diese Aufgabe ist an den Nahverkehr Rheinland übergegangen (ein weiterer großer Unbekannter ...).

rat hat auch keinerlei Haushaltsrechte, die liegen ausschließlich beim Landtag. Deshalb gibt es auch keine festen Koalitionen oder Bündnisse. Die Fraktionen bemühen sich, in Sachfragen einen regionalen Konsens zu erreichen. Das gelingt oft, aber nicht immer. Insbesondere wenn es um Flächenkonflikte und Straßenbau geht, sehen die GRÜNEN sich einer Mehrheit gegenüber, die Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke in Anspruch nehmen will. Aktuell geht es zum Beispiel um die Erweiterung des Phantasialands in Brühl im Ville-Wald, was von den GRÜNEN abgelehnt wird.

Weitere Informationen:
www.gruene-regionalrat-koeln.de



Hand in Hand gegen Homophobie

Von Jan Adam

Die GRÜNE Jugend Köln hat in Zusammenarbeit mit dem GJ Landesverband einen Same-Sex-Hand-Holding Flashmob gegen Homophobie veranstaltet. Bei dieser Aktion kamen spontan Menschen zusammen, um auf das Problem der fehlenden Akzeptanz aufmerksam zu machen. Anlass war der Internationale Tag gegen Homophobie und der kürzlich von seinem Lehrauftrag entbunde-

ne Kölner Religionslehrer David Berger. Seine kritischen Äußerungen in einem Buch über Kardinal Meisner und die katholische Kirche missfielen den Kirchenherren offensichtlich. Zudem hat er sich öffentlich zu seinem Schwulsein bekannt. Der Ort für den Flashmob war deshalb schnell klar: Auf der Domplatte griffen sich am 17.5.2011 am Fröh- abend etwa 50 gleichgeschlechtliche Paare spontan an den Händen und setzten so ein Zeichen für Akzeptanz, darunter viele SchülerInnen von David Berger. Anschließend bildeten alle TeilnehmerInnen einen großen Kreis und sorgten so für erhebliches Aufsehen. Unbeteiligte Passanten, Touristen und Dombesucher beteiligten sich ohne groß zu zögern an der

Aktion. Schnell wurden ein paar Forderungen durch ein eilig herbeigeschafftes Megaфон gerufen und ein Banner mit dem Schriftzug „Fickt euch doch alle“ ausgerollt. Sekunden später löste sich der Flashmob auch schon wieder auf.

Die GRÜNE Jugend zog anschließend noch weiter zum Rathaus, wo der Kölner Lesben- und Schwulen-Tag einen sogenannten Rainbowflash organisierte. Hunderte Luftballons in den Farben des Regenbogens wurden an die Menge verteilt und mit einer Postkarte versehen. Darauf das Motto des diesjährigen CSD „Liebe ist ...“ . Wer wollte konnte noch ein persönliches Statement ergänzen, danach stiegen die Botschaften für Toleranz in den Abendhimmel. Ein paar Ballons verhakten sich in den Figuren des alten Rathausturms, die meisten wurden jedoch vom Wind gepackt und über Köln ganz verteilt. Bei ganz viel Glück landete auch einer im Garten von Jo Meisner ...



Kommt Islamophobie jetzt in Mode?

Von Jules El-Khatib

Vor wenigen Wochen fand in Köln eine Demonstration der rechtsextremen Pro-Bewegung statt. Wie nicht anders zu erwarten, gab es auch in diesem Jahr wieder Gegenveranstaltungen. Konnten im ersten Jahr noch mehr als 50.000 Menschen mobilisiert werden, um für ein offenes und tolerantes Köln zu demonstrieren, so waren wir in diesem Jahr nur einige Tausend. Beachtlich, aber deutlich weniger als bei den vorherigen Demonstrationen gegen Pro Köln/NRW! Wie kommt es, dass wir in diesem Jahr deutlich weniger Menschen mobilisieren konnten? Sind die Menschen weniger interessiert oder ist Rechtspopulismus sogar gesellschaftsfähig geworden?

Die Vorbereitungen für die Gegendemonstrationen und die Aktionen waren

in diesem Jahr tatsächlich nicht so früh abgeschlossen worden und konnten somit weit weniger BürgerInnen erreichen, da viele „zu spät“ davon erfahren hatten. Dies kann allerdings nicht der Hauptgrund sein, weswegen die Teilnehmerzahl so deutlich gesunken ist. Denn alle Kölner Zeitungen hatten dieses Jahr für die Gegendemonstrationen geworben. Die niedrigere TeilnehmerInnenzahl hat zwei wirkliche Gründe: Zum einen ist es in diesem Jahr nicht gelungen, auch die bürgerlichen Kräfte für die Demonstration zu mobilisieren. So konnte man keine Aufrufe von CDU/CDA oder FDP finden. Auch die Mobilisierung durch die muslimischen Organisationen war in diesem Jahr nicht so hoch.

Der zweite Grund könnte die steigende Zustimmung zu rechtspopulistischen und islamfeindlichen Thesen sein. Laut

einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) teilen mehr als 40 Prozent der Deutschen islamophobe Gedanken und Argumentationsstrukturen. Für einen wirklichen und engagierten Einsatz dagegen wird aber mehr benötigt als nur punktuelle Gegendemonstrationen, es ist wichtig über den Islam und die Muslime aufzuklären. Wir als GRÜNE und auch die anderen linken Parteien müssen den Menschen zeigen, dass der Islam eine Religion ist, die definitiv mit unseren Werten vereinbar ist und wir müssen deutlich machen, dass man Menschen niemals auf Grund ihrer Herkunft, Religion, ihres Geschlechts oder sexuellen Einstellung beurteilen oder sogar verurteilen darf. Das ist wesentlich wichtiger, als einmal im Jahr gegen rechts zu demonstrieren!

AK Arbeitskreis Konsum**Der AK Konsum ist wieder da ...**

Wir alle konsumieren, ganz selbstverständlich und jeden Tag. Doch immer wieder lesen wir „Horrornachrichten“, die uns als KonsumentInnen für einen Moment mahnen und zum Nachdenken bringen: Dioxin in Lebensmitteln, unzumutbare Arbeitsbedingungen im Einzelhandel und der Kommunikationszulieferindustrie sowie steigende Abfallmengen sind nur einige Beispiele.

Warum werden Produktlebenszyklen immer kürzer? Entsteht dadurch nicht immer mehr Abfall? Und warum brauchen wir noch immer Unmengen Plastik um zu verpacken, was wir laufend konsumieren? Wie können wir bei den GRÜNEN und in der Stadt Köln Nachhaltigkeitskriterien im Einkauf berücksichtigen? Wie hat es die Getränkedose eigentlich wieder in den Handel geschafft? Warum werden täglich große Mengen Lebensmittel weggeworfen?

Und wie können uns Kennzeichnungen, Gütesiegel oder Label einen Weg durch den Konsumdschungel zeigen?

Mit all diesen Fragen beschäftigt sich der Arbeitskreis Konsum. Wer neugierig geworden ist, ist herzlich willkommen! Der AK Konsum trifft sich regelmäßig am letzten Montag jeden Monats um 20.30 Uhr in der GRÜNEN Zentrale am Ebertplatz 23.

Geplant wird derzeit auch ein Filmabend mit anschließender Diskussion, über dessen Details wir euch rechtzeitig unter <http://www.gruenekoeln.de/arbeitskreise/kreisverband/konsum.html> informieren werden.

**Kontakt: Pia Brenner und Maik Müller,
ak-konsum@gruenekoeln.de**

„Wie zahlreich sind doch die Dinge, derer ich nicht bedarf.“

*Sokrates (um 470 – 399 v. Chr.)
griechischer Philosoph*

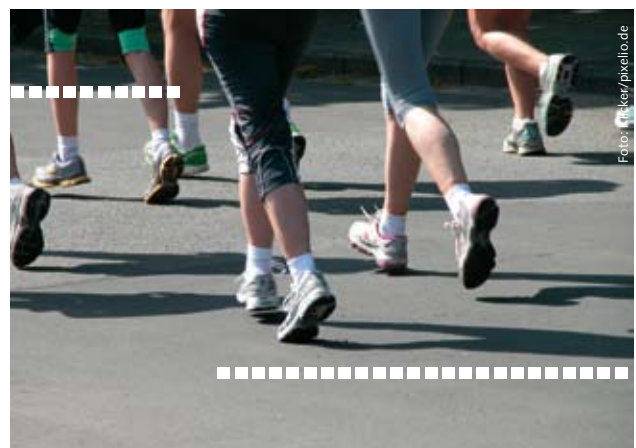
**AK Arbeitskreis Sport****Vereine, Stadien, Bäder**

Sportvereine führen Kinder und Jugendliche an Sport und Bewegung heran und sind Orte der Integration. Somit ist die Verbesserung der Kooperation von Offenen Ganztagschulen und Sportvereinen für uns im Fraktionsarbeitskreis Sport genauso Thema wie ein beständiger Austausch mit der Sportjugend. Wichtig ist für uns darüber hinaus die Verbesserung der Infrastruktur für bewegungsaktive Freizeitbeschäftigung und individuellen Sport. Hier geht es etwa um die Einrichtung von beleuchteten Laufstrecken, Flächen für Skater, Basketballanlagen, Bolzplätze.

Die großen Kölner Sportstätten sind unter dem Dach der Sportstätten GmbH gebündelt, die städtischen Schwimmbäder bei der Bäder GmbH. In beiden Bereichen bewegt sich momentan sehr viel. So wird momentan diskutiert, die Breitensportlich genutzten Sportanlagen wieder in die städtische Hand zu geben. Die finanziellen und organisatorischen

Vor- und Nachteile sind untersucht worden. Wir sind dabei, uns dazu eine Meinung zu bilden. Sportausschuss und Rat werden sehr bald darüber entscheiden.

Auch die Kölner Bäderlandschaft entwickelt sich. Neubau und Generalsanierung des Eis- und Schwimmstadions „Lentpark“, des Müngersdorfer Stadionbades und des Zollstockbades sind in vollem Gange. Der aktuelle Bäderzielplan sieht nach deren Eröffnung die Schließung des Nippes- und des Weidenbades vor. Für uns ist die Planung nachvollziehbar und für die vom Umzug in ein neues Bad betroffene Schulen und Vereine vertretbar. Wir werden noch vor den Sommerferien mit den zuständigen Ortsverbänden darüber diskutieren.



Der Arbeitskreis Sport hat sich nach der Kommunalwahl neu formiert. Wir tagen in der Regel zu fünft und sind eine gute Mischung aus Routiniers, Neuen und einem nichtgrünen Fachmann. Wer Lust hat im AK Sport mitzumachen, ist herzlich willkommen. Bitte die Termine in der Fraktion erfragen.

**Kontakt: Elisabeth Thelen,
elisabeth.thelen@stadt-koeln.de**

Warum hüh und hott am Ebertplatz ?

Von Jürgen Piper

Die Unzufriedenheit mit dem Zustand und der Lage der Geschäftsstelle der Kölner GRÜNEN am Ebertplatz hatte im vergangenen Jahr stark zugenommen und so konnte der Wunsch der Mitgliederversammlung im Januar 2011 nach Kündigung des Mietvertrags Ebertplatz 23 niemanden verwundern.

Die Verbesserungswünsche bezogen sich auf Barrierefreiheit, repräsentative/angenehmere Tagungsräume, gute Verkehrsanbindung innerhalb der Ringe und einen einladenderen Empfangsbeereich. Das Ganze sollte möglichst in einem ebenerdigen Ladenlokal mit hoher Fußgängerfrequenz stattfinden.

Was zu dem Zeitpunkt niemand wusste: Ein Wechsel des Hauseigentümers stand unmittelbar bevor. Der neue Vermieter nahm unsere Kündigung sehr konstruktiv auf und bot uns umfangreiche Sanierungsmaßnahmen an, bei konstantem Mietpreis. Zentrale Wünsche der Mitglieder werden auf diese Weise umgesetzt werden können. Vor den Sanierungsmaßnahmen soll ein Miet-Nachtrag unterzeichnet werden, der die Kündigung zurücknimmt.

Das Kriterium „ebenerdiges Ladenlokal“ war damit zwar noch nicht erfüllt und so wurde mit großem Einsatz auch des OV Innenstadt nach einer geeigneten

Immobilie gesucht. Es blieben am Ende nur Objekte übrig, die den Etat des KV unzumutbar hoch belastet hätten.

Nun geht es im Sommer mit Volldampf in die Sanierungsmaßnahmen des „alten Büros“. Die Umbauten in der Zeit vom 25. Juli bis 28. August 2011 werden hoffentlich auch die bisherigen KritikerInnen überzeugen. Ein Einweihungsfest folgt noch in 2011.



„Neue“ Geschäftsstelle von außen (Planung)

NEWS

+++ Wechsel in der BV-Fraktion Mülheim: Für Christian Olthoff kam Günter Hermkes. +++

+++ Volker Beck hat einen neuen Regionalbüromitarbeiter. René Baumann ist unter koeln@volkerbeck.de erreichbar. +++

+++ Diana Siebert hat das Frauen-Mini-Tisch-Kicker-Turnier auf der letzten Landesdelegiertenkonferenz gewonnen. Aus Köln viel Beifall, sonst aber wenig Resonanz, denn sie trat für „Nordkorea“ an und hat auch „Deutschland“ im Halbfinale besiegt. +++

+++ Der Kreisverband hat jetzt eine Button-Maschine. Sie kann ausgeliehen werden. Anfragen bitte an die Geschäftsstelle. +++

+++ Der Ortsverband Innenstadt/Deutz hat ein schönes „GRÜNES Info-Fahrrad“, das als mobiler Infostand genutzt wird. Sehr praktisch. Und ökologisch. Zur Nachahmung empfohlen! +++

1.000stes Mitglied begrüßt

GRÜN wächst und wächst und wächst! Der Kölner Kreisverband konnte Ende März 2011 sein 1.000stes Mitglied begrüßen. Johannes Wittig ist Rikscha-Unternehmer und hat seit vielen Jahren die GRÜNEN in Wahlkämpfen unterstützt. „Jetzt war die Zeit reif, Mitglied zu werden“, sagt er. Inzwischen ist der

Kreisverband bis Anfang Juni auf 1.031 Mitglieder angewachsen. „Wir sind sehr erfreut über dieses rasante Wachstum – noch vor zwei Jahren hatten wir nur 750 Mitglieder. Jetzt sind es über 1.000“, sagen die KV-Vorsitzenden Katharina Dröge und Anne Lütkes. Alles sind sich einig: Nur weiter so!



Das 1.000ste Mitglied Johannes Wittig (ganz links) mit vier weiteren Neumitgliedern vor der Geschäftsstelle am Ebertplatz.

GRÜNE ZEITEN DIE DENKFABRIK 15. OKT 2011 WCC, BONN

Foto: Momi, Fotolia.com



Am 15. Oktober 2011 wird der GRÜNE NRW-Landesverband in Bonn ein offenes Forum für die Weiterentwicklung unserer GRÜNEN Konzepte organisieren. Unter dem Motto „GRÜNE Zeiten – die Denkfabrik“ wird es je 15 Workshops zu den Themen folgenden geben:

- „Nachhaltige Zeiten – Was müssen wir ändern?“
- „Soziale Zeiten – Wie erreichen wir die „gerechte“ Gesellschaft?“

Jede/r, die/der eine gute Idee für einen Workshop hat, kann diese jetzt online stellen und bewerten lassen.

Mehr unter: www.gruene-denkfabrik.de

B U C H T I P P S

Urban Gardening – Über Die Rückkehr der Gärten in die Stadt

Die „Prinzessinnengärten“ in Berlin, die Münchner „Krautgärten“, Verkehrsinseln, die sich durch nächtliches Guerilla Gardening in Gemüsebeete verwandeln, Kiezgärten, Gemeinschaftsgärten oder interkulturelle Gärten – weltweit treiben urbane Gartenprojekte bunte Blüten, von New York bis Tokio, von Berlin bis Leipzig und auch in Köln. Nicht nur Michelle Obama bewirtschaftet ihren Gemüsegarten im Weißen Haus; gerade junge, der Natur angeblich völlig entfremdete Großstädter wollen ihre Lebensmittel wieder selber säen und ernten, statt sie im nächsten Supermarkt zu kaufen.

Urban Gardening ist „in“ und die Gärten kehren in die Städte zurück. Der Sammelband „Urban Gardening“ bietet einen umfassenden Überblick über Hintergründe und Auswüchse der neuen florierenden Gartenbewegung. Die Autorinnen und Autoren präsentieren verschiedene Gartenprojekte, Protagonisten und Aktivisten berichten über ihre Erfahrungen und Visionen, Experten untersuchen die gesellschaftspolitischen und sozialen Hintergründe eines neuen Trends – denn Urbane Landwirtschaft ist viel mehr als nur eine Modeerscheinung einiger LOHAS (Lifestyles of Health and Sustainability).

Christa Müller (Hrsg.)
Urban Gardening
Über Die Rückkehr der Gärten in die Stadt

oekom Verlag, 2011
19,95 Euro



Generation Mietwagen – Die neue Lust an einer anderen Mobilität

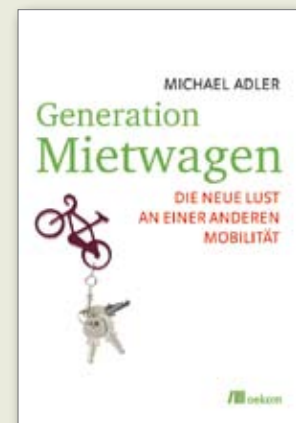
Noch vor zehn Jahren war der Traum eines jeden Jugendlichen das erste eigene Auto. Es stand für Freiheit, Unabhängigkeit und Mobilität und galt als Meilenstein des Erwachsenwerdens. Doch die Großstadtjugend von heute wünscht sich eine Mobilität, die unabhängig vom eigenen Auto mehr Freiheit bietet; es zählen ganz andere Statussymbole als der eigene Wagen vor der Tür und für sie ist selbst Radfahren oder Zuzußgehen wieder eine attraktive Variante.

In seinem Buch „Generation Mietwagen“ stellt Verkehrsexperte Michael Adler seine Vision einer „menschenfreundlichen Stadt“ mit moderner Stadtplanung jenseits der Dominanz des Automobils vor: In 20 bis 30 Jahren wird der Autoverkehr – vor allem in städtischen Ballungsräumen – auf ein Minimum gesunken sein, da es nicht nur umweltschonender, sondern vor allem auch bequemer und praktischer sein wird, öffentliche, gemietete oder „alternative“, klimaneutrale Fortbewegungsmittel zu nutzen.

Michael Adler zeigt in einer praktischen Agenda für Gesellschaft und Politik, wie aus dem Lifestyle der jungen, urbanen Bevölkerung eine zukunftsfähige Mobilität für alle werden kann.

Michael Adler
Generation Mietwagen
Die neue Lust an einer anderen Mobilität

oekom Verlag, 2011
12,95 Euro





Wie ein OB einmal einen Saal zum Kochen brachte

„2 x GRÜN, 1 x Roters“, dieser einfallsreiche Slogan aus der Kommunalwahl 2009 scheint schneller zu vergilben, als eine Wahlperiode lang ist. Damals – ältere Parteimitglieder werden sich erinnern – war es darum gegangen, den GRÜN-SympathisantInnen erstmals ein SPD-Mitglied als gemeinsamen OB-Kandidaten anzuempfehlen. Die Kampagne verlief wie bekannt und so kam der rotgrüne Kandidat auf eine satte Mehrheit, die den armen Fritz mit vielen Schrammen weit hinter sich ließ.

In den ersten anderthalb Jahren stotterte die rotgrüne Ratsmehrheit, und ihr OB-Motor wurde ein ums andere Mal aus der Kurve geschleudert. Zum vorläufigen Höhepunkt hatte Herr Roters, offenbar um seinen GenossInnen zu gefallen, auf dem SPD-Parteitag kürzlich mit bebender Stimme verkündet, die GRÜNEN stünden ihm quasi permanent auf den Füßen, um neue Spitzen- und andere Posten in der Verwaltung für sich zu reklamieren. Sprach es und just am nächsten Morgen war es in den üblichen Medien nachzulesen.

Positiv hieran war, dass Jürgen Roters offenbar sofort wusste, warum die GRÜNEN ihn anschließend als Gast auf ihrer Mitgliederversammlung sehen und hören wollten. Er kam, redete und fast wäre der Saal in Trance gefallen.

Mit einer Rede dieses OB ist es offenbar wie mit einem Spaghetti-Vollkornteig. Erst kommt eine lange Ruhephase, bevor dann endlich der Saal respektive das Wasser kocht. Die Laute, die an des Publikums Ohr drangen, waren so x-belig, dass er sie auch vor der AOK, der Fluglärmkommission, einer chinesischen Wirtschaftsdelegation oder dem Förderverein romanischer Kirchen hätte halten können. Keine Lösungen, nirgends ge-

meinsame Vorhaben – nur überall und allenthalben Allgemeinplätze. Das Publikum an diesem Punkt weitestgehend sediert, applaudierte überaus staatstragend und milde gestimmt. Lags an zu viel Ehrfurcht oder warum versagte so vielen ZuhörerInnen an diesem Abend anscheinend die Stimme, mit der dann spitze Nachfragen hätten gestellt werden können?! Auch die Anwesenheit von Kameras tat das ihre.

Dann folgte die Kochphase: Die Mitglieder erhielten die Gelegenheit zu Fragen und Stellungnahmen. Im Brennpunkt standen Jürgen Roters „Anschuldigungen“ vom SPD-Parteitag: Verschiede-

wie zu knacken sein müsse. Tatsächlich gaben sie ihm jedoch mit ausladenden Fragen Raum für weitere Allgemeinplätze. Dies hätte selbst Erdmännchen und -weibchen in ihre Löcher getrieben.

Leben kam noch einmal ganz kurz in die Debatte, als ein Zwischenrufer der GRÜNEN Jugend den OB zu einer Stellungnahme zum Autonomen Zentrum in Kalk aufforderte. Hier gab es eine gewisse Leidenschaft in der Stimme des ranghöchsten Kölner Spezialdemokraten zu verzeichnen und zwar in der Ablehnung des GRÜNEN Anliegens, die BesetzerInnen im Gebäude der Sparkasse zu belassen.



Und so blieb dem GRÜNEN Publikum, das gehofft hatte, seinen OB reden zu hören und möglichst auch beklatschen zu können, am Ende nichts übrig, als zu konstatieren, dass die Vorschusslorbeeren aus dem Jahre 2009 vertrocknet sind und auch Coaching für Führungspersonal einerseits und Kurse zur Erlangung mitreißender Rhetorik andererseits, die rote Personalie nicht mehr zu retten vermögen.

ne RednerInnen, darunter nicht wenige GRÜNE WürdenträgerInnen aus Land und Bund forderten ihn auf, sich für die pauschale Verunglimpfung zu entschuldigen. Andere baten ihn, einmal die gegenwärtige Bilanz der städtischen AmtsleiterInnen inklusive ihrer Parteibücher offenzulegen und die Anzahl der GRÜNEN Amtsleiter zu nennen. Allein die Antworten blieb der Stadtregent schuldig.

Einige der FragestellerInnen waren voll inhaltlichem Elan und dachten wohl, dass der OB thematisch doch irgend-

Die Anforderungen der GRÜNEN an ihr Spitzenpersonal liegen nun mal jenseits von peinlichen Auftritten zum Frauentag, wo die eigene Gattin gelobt wird, weil sie des roten OBs Hemden zu bügeln versteht. Fremdschämen sollten wir uns nicht müssen, und die seit der Kommunalwahl 2009 neu eingetretenen 200 Mitglieder erwarten mehr als ein bisschen Ökofolklore. Personalpolitik sollte deshalb möglichst nicht zum Eigentor werden.

2015 – du bist so nah und doch so fern!

Kreisverband Köln (KV)

✉ Ebertplatz 23 • 50668 Köln
 ☎ Di. 14-16, Do. 11-13 Uhr
 📧 buero@gruenekoeln.de
 🌐 www.gruenekoeln.de

Bank für Sozialwirtschaft
 BLZ 370 205 00, Kontonr. 81 44 300

Geschäftsführerin: Dr. Diana Siebert
 📧 buero@gruenekoeln.de ☎ 0221-732 98 54
 Mitgliederbetreuung: Kevin Liebig
 📧 adressen@gruenekoeln.de ☎ 0221-7329855
 Kreisschiedsgericht: Silke Schäfer
 ☎ 0179-9423839

Vorstand

E-Mail: *vorname.nachname@gruenekoeln.de*
 Katharina Dröge ☎ 0151-55627097
 Anne Lütkes ☎ 0171-3680 948
 Jürgen Piper ☎ 0157 8284 8022
 David Jacobs ☎ 01512-2960855
 Katja Trompeter ☎ 0179-4784667
 Christian Schirmer ☎ 0221-94643082
 Alexandra Schmitz ☎ 01577-2994730
 Dieter Schöffmann ☎ 0171-3442876

Ortsverbände (OV)

OV 1: Innenstadt/Deutz

Claus Vinçon 📧 vincon@mac.com

OV 2: Rodenkirchen

Mark Hauenstein 📧 ovzwei@gruenekoeln.de

OV 3: Lindenthal/Sülz

Manolya Günhan, Karim Ismail
 📧 ov3@gruenekoeln.de

OV 4: Ehrenfeld

Stefan Bey 📧 vorstand@gruene-ehrenfeld.de

OV 5: Nippes

Alexander Schmalz ☎ 0221-734128
 📧 nippes@gruenekoeln.de

OV 6: Köln-Nord/Chorweiler

Dr. Harald Junge ☎ 0221-5902519
 📧 haraldjunge@aol.com

OV 7: Porz/Poll

Ciler Firtina ☎ 0178-8557226
 📧 cilerfirtina@web.de

OV 8: Kalk

Thomas Heinen ☎ 0221-7199109
 📧 ov8@gruenekoeln.de

OV 9: Mülheim

Ursula Schlömer ☎ 0172 2392074
 📧 ov9@gruenekoeln.de

Bezirksvertretungsfractionen

BV 1: Innenstadt/Deutz

Roswitha Berscheid
 📧 roswitha.berscheid@t-online.de

BV 2: Rodenkirchen

Manfred Giesen
 📧 manfred.giesen@stadt-koeln.de

BV 3: Lindenthal/Sülz

Lieselotte Sturch 📧 bv3@gruenekoeln.de

BV 4: Ehrenfeld

Christiane Martin 📧 chr_martin@gmx.de

BV 5: Nippes

Herbert Clasen 📧 herbert.clasen@stadt-koeln.de

BV 6: Köln-Nord/Chorweiler

Wolfgang Kleinjans
 📧 wolfgang.kleinjans@stadt-koeln.de

BV 7: Porz/Poll

Dieter Redlin 📧 dieter.redlin@stadt-koeln.de

BV 8: Kalk

Karin Schmidt 📧 karin.schmidt@stadt-koeln.de

BV 9: Mülheim

Winfried Seldschopf 📧 winfried@seldschopf.de

Partei Arbeitskreise

Demokratie und Recht

Olaf Terre ☎ 0172-2149578
 🌐 www.ak-demokratie.blogspot.com

Internationales

Anne Walberer, Berivan Aymaz
 📧 ak-internationales@web.de

Konsum

Pia Brenner, Maik Müller
 📧 ak-konsum@gruenekoeln.de

Kultur und Medien

📧 ak-kultur-medien@gruenekoeln.de

Lesben

Regina Kobold ☎ 0221-221-25917
 📧 regina.kobold@stadt-koeln.de

Migration

📧 ak-migration@gruenekoeln.de

Ökologie

Mark Hauenstein, Petra Kipp
 📧 ak-oekologie@gruenekoeln.de

Schule

Daniel Dahm 📧 daniel.dahm@gmail.com

Soziales

Timon Delaware
 📧 ak-soziales@gruenekoeln.de

Verkehr

Lino Hammer ☎ 0176-23868854
 📧 lino.hammer@googlemail.com

Verwaltung: Grün!

Inge Duman 📧 inge.duman@netcologne.de
 Stefan Meinke 📧 stefanmeinke@msn.com

Wirtschaftspolitik

Dieter Schöffmann ☎ 0171-3442876
 📧 dieter@schoeffmann.biz

GRÜNE Jugend

🌐 www.gruene-jugend-koeln.de

Ratsfraktion

✉ GRÜNE Fraktion, Rathausplatz,
 Spanischer Bau, 50667 Köln
 ☎ Mo.-Fr. 9-12, Mo., Di., Do. 13-16 Uhr,
 Mi. 13-19 Uhr, ☎ 0221-221-25919
 📧 0221-221-24555
 📧 gruene-fraktion@stadt-koeln.de
 ☎ jeden Mi. 19.00 Uhr, Spanischer Bau
 („Mittwochsreis“)

Fraktionsarbeitskreise

Allgemeine Verwaltung

Andreas Wolter ☎ 0179-5471119
 📧 andreas.wolter@netcologne.de

Finanzen & Haushalt

Jörg Frank ☎ 0177-3117786
 📧 joerg.frank@stadt-koeln.de

Frauen- und Mädchenpolitik

Marion Lüttig ☎ 0179-6708207
 📧 maluettig@web.de

Gesundheit

Stefan Peil ☎ 0173-2500588
 📧 stefan.peil@aol.com

Jugend

Kirsten Jahn ☎ 0176-66695159
 📧 kirstenjahn@gmx.net

Kunst und Kultur

Brigitta von Bülow ☎ 0176-22159725
 📧 buelow@netcologne.de

Liegenschaften

Manfred Richter ☎ 0179-5065756
 📧 mrichter@netcologne.de

Rechnungsprüfung

Berti Waddey ☎ 0173-9320364
 📧 manfred.waddey@koeln.de

Schule und Bildung

Horst Thelen ☎ 0221-728470
 📧 horst.thelen@arcor.de

Soziales

Ossi Helling
 📧 ossi.helling@stadt-koeln.de

Sport

Elisabeth Thelen
 📧 elisabeth.thelen@stadt-koeln.de

Stadtentwicklung

Barbara Moritz ☎ 0221-22125918
 📧 barbara.moritz@stadt-koeln.de

Stellenplan & Personal

Brigitta von Bülow ☎ 0176-22159725
 📧 buelow@netcologne.de

Umwelt

Mathias Welpmann ☎ 0151-58115084
 📧 mathias.welpmann@stadt-koeln.de

Verkehr

Bettina Tull ☎ 0211-8842887
 📧 mail@bettina-tull.de

Wirtschaft

Jörg Frank ☎ 0177/3117786
 📧 joerg.frank@stadt-koeln.de

Wohnen und Bauen

Gerd Brust 📧 nc-brustge@netcologne.de

Bürgermeisterin Angela Spizig

✉ Rathaus, Spanischer Bau • 50667 Köln
 ☎ 0221-221-26063
 📧 angela.spizig@stadt-koeln.de

Bundesverband

Geschäftsstelle

✉ Platz vor dem Neuen Tor 1 • 10115 Berlin
 ☎ 030-28 442-0 📠 030-28 442-210
 📧 info@gruene.de www.gruene.de

Bundestagsfraktion

✉ Platz der Republik 1 • 11011 Berlin
 ☎ 030-227-55518 📠 030-227-56552
 🌐 www.gruene.de

Regional- und Wahlkreisbüros

✉ Ebertplatz 23 • 50668 Köln

Volker Beck

📧 koeln@volkerbeck.de
 René Baumann ☎ 0221-7201455

Kerstin Müller

📧 kerstin.mueller@wk.bundestag.de
 Judith Hasselmann ☎ 0221-7220369

Landesverband NRW

✉ Jahnstraße 52 • 40215 Düsseldorf
 ☎ 0211-38666-0 📠 0211-38666-99
 📧 info@gruene-nrw.de 🌐 www.gruene-nrw.de

Landtagsfraktion NRW

✉ Platz des Landtags 1 • 40221 Düsseldorf
 ☎ 0211-884-2860 📠 0211-884-2870
 📧 gruene@landtag.nrw.de
 🌐 www.gruene.landtag.nrw.de

Andrea Asch

📧 andrea.asch@landtag.nrw.de

Arndt Klocke

📧 arndt.klocke@landtag.nrw.de

Arif Ünal

📧 arif.uenal@landtag.nrw.de, GRÜNES Zentrum
 Kalk, Johann-Mayer-Str. 18, 51105 Köln
 ☎ 0221-54814466, Sprechstunde Fr. 10–13 Uhr

Fraktion im Landschaftsverband Rheinland

Geschäftsführer: Ralf Klemm
 ☎ 0221-809-3369 📧 ralf.klemm@lvr.de

Fraktion im Regionalrat Köln

Geschäftsführerin: Antje Schäfer-Hendricks
 ☎ 0221-9912-266
 📧 info@gruene-regionalrat-koeln.de

Erläuterungen:

☎ Öffnungszeiten, ☎ Treffen, ✉ Postanschrift,
 ☎ Telefon, 📠 Fax, 📧 E-Mail, 🌐 Homepage,

In den Schulferien, an Feiertagen und bei besonderen Anlässen können die jeweiligen Treffen ausfallen. Deshalb empfiehlt es sich immer, bei den Ansprechpersonen nachzufragen. Alle Treffen sind grundsätzlich öffentlich, können also von jedem und jeder Interessierten besucht werden.

TERMINKALENDER

Arbeitskreise, Mitgliederversammlungen, Treffs, Veranstaltungen, Wahlen ...

Do. 30.06.	AK AK Internationales, GRÜNES Zentrum, Ebertplatz 23, 20.00 Uhr
Fr. 01.07. bis So. 03.07.	CSD-Straßenfest mit GRÜNEM Parade- wagen am 03.07. und Infostand, Anmeldungen: buero@gruenekoeln.de
Sa. 02.07.	Zukunftskongress von Bündnis 90/ Die GRÜNEN, Berlin, Kosmos, Karl-Marx-Allee 131a
Sa. 02.07.	4. GRÜNER Lesbenempfang mit Barbara Steffens (Sozialministerin NRW), Kerstin Müller (MdB), Marion Lüttig (MdB) und Gabriele Bischoff (LAG Lesben NRW e. V.), Köln, Rathaus, Spanischer Bau, 12.00 bis 14.00 Uhr
Mo. 04.07.	AK AK Frauen- und Mädchenpolitik, Rathaus, Spanischer Bau, 20.00 Uhr
Di. 05.07.	AK AK Wirtschaftspolitik (Partei), GRÜNES Zentrum, Ebertplatz 23, 19.30 Uhr
Do. 07.07.	Kommunalpolitischer Ratschlag zum Gemeindefinanzierungsgesetz NRW 2012, es lädt ein Mehrdad Mostofizadeh (MdL), Düsseldorf, Landtag, 17.00 bis 19.00 Uhr
Fr. 08.07.	Ladies Lunch on Tour: „Mutterkult und Rabenmütter“ – Mutter-Sein zwischen Kindeswohl und Selbstverwirklichung, mit Barbara Steffens, Michaela Herbertz- Floßdorf, Susanne Klinger, Antje Schrupp, Cornelia Benninghoven, veranstaltet von Heinrich-Böll-Stiftung NRW, Köln, Caritas, Stolzestraße, 18 bis 21.30 Uhr
Sa. 09.07.	Infostand des OV Mülheim zum Thema „Mülheim 2020“, Wiener Platz, 10.00 bis 14.00 Uhr

So. 10.07.	Einwohnerbefragung zum Godorfer Hafen. Wählen gehen und mit NEIN stimmen!
Mo. 11.07.	Delegiertenrat der Kölner GRÜNEN, GRÜNES Zentrum, Ebertplatz 23, 19.30 Uhr
Do. 14.07.	AK AK Ökologie, GRÜNES Zentrum, Ebertplatz 23, 19.30 Uhr
Sa. 16.07.	Run of Colours, Köln
So. 17.07.	Edelweißpiratenfestival, Friedenspark
Do. 21.07.	Für Neue Wer wir sind und was wir wollen – Treffen für NeueinsteigerInnen, GRÜNES Zentrum, Ebertplatz 23, 20.00 Uhr
Do. 08.09. bis So. 11.09.	Green European Summer University der Europäischen GRÜNEN Partei (EGP), Frankfurt/Oder & Slubice
Di. 27.09.	AK AK Verwaltung: GRÜN, GRÜNES Zentrum, Ebertplatz 23, 18.00 Uhr



Vom 23. Juli bis zum 28. August 2011 wird das
GRÜNE Zentrum am Ebertplatz 23 renoviert.

Bitte erkundigt Euch bei der Kreisgeschäftsstelle
(siehe Seite 15), unter www.gruenekoeln.de und
bei den ArbeitskreissprecherInnen (siehe Seite 15),
wo sich in dieser Zeit die Arbeitskreise treffen.